

Die Komplizenschaft führender Politiker in der U-Boot-Affäre

Vertraulich!
Herrn Kommerzien-Rath Herrn

8000 München 22
Prinzregentenstraße 7
Tel. (0 89) 2 16 30 - FS 21-23 109

[illegible]

SOFORT AUF DEM
TISCH

	- 2. AUG. 1984	
57 SF		
2. K. J.		3
Kente		Sgt 2
		U
Astings erick		
Erecting arch		

Premierminister Botna beruft sich darauf, daß er Dir überhaupt kein Schreiben zu schicken braucht, weil Du dem Vorhaben - offengelassen ob dem kleineren oder größeren - zustimmst. Dieselbe Meinung scheint auch Ministerialdirektor Teitschnik gegenüber Herrn Zuglaann vertreten zu haben. Vor unserem Spaziergang habe ich, wie ich Dir auch berichtet habe, von den Schwierigkeiten berichtet, die anscheinend abermals das Auswärtige Amt mit Auswirkungen auf das Kanzleramt macht. Du wirst Dich erinnern, daß seinerzeit auch der Außenminister bei unserem Dreiergespräch am 1. Juni alle möglichen Vorwände gebraucht hat.

Ich bitte Dich, sich dieser Angelegenheit anzunehmen und das weitere zu veranlassen.

F. J. Knapf

Du hast sowohl bei dem Dreiergespräch am 1. Juni wie auch bei unserem Spaziergang darauf hingewiesen, daß Dir eine große Lösung mit Lieferung von Hardware, die nicht nur finanzielle Entlastung, sondern auch Produktionsaufträge mit sich bringen würde, lieber wäre.

Friedrich Bohl, Obmann der CDU/CSU-Fraktion im U-Boot-Untersuchungsausschuß des Bundestages, blähte sich: Mit einer „unbegründeten Strafanzeige“ gegen Helmut Kohl versuchten die Grünen wieder einmal, „das Ansehen des erfolgreichsten Bundeskanzlers nach Adenauer zu schädigen“. Doch „ihr Strampeln wird erfolglos sein“, prophezeite der hessische Christdemokrat, und auch die SPD habe nur „heiße Luft und sonst nichts“ zu bieten.

Da pfeift der Bohl wohl im Walde. Wie immer Staatsanwaltschaft und womöglich Gerichte die Strafanzeige gegen Kohl wegen vorsätzlicher uneidlicher Falschaussage bewerten – der politische Schaden für die Regierungsparteien ist schon jetzt groß genug: Der U-Boot-Ausschuß, der zur Freude der regierenden Unionschristen seit Monaten still auf Tauchstation lag, hat wieder Auftrieb. In die öffentliche Erinnerung zurückgekommen ist die „Komplizenschaft führender Politiker“ („taz“) bei einem Rüstungsgeschäft mit Südafrika, das nach geltender Rechtslage gar nicht erst hätte erwogen werden dürfen.

Mehrere komplette Unterseeboote hätten die norddeutschen Schiffsbauer den Rassenisten am liebsten verkauft – ein

klarer Verstoß gegen das 1977 auch mit der Stimme Bonns beschlossene UN-Waffenembargo. Geliefert wurden am Ende unter konspirativen Umständen zwar nur angeblich wertlose Blaupausen. Sie müssen aber – Südafrika zahlte fast 50 Millionen Mark – schon von einem Nutzen für die U-Boot-Produktion am Kap gewesen sein. Das Embargo wurde – zwar nicht mit offizieller Genehmigung, aber offensichtlich stiller Billigung Bonns – unterlaufen.

Jetzt fürchtet das Kanzleramt, der Handel mit dem Apartheid-Staat könnte neben dem Skandal ums Flugbenzin (siehe Seite 18) zum „großen Thema“ (ein Spitzenbeamter) im Bonner Sommertheater werden. Das Stück verspricht turbulente Unterhaltung und ist prominent besetzt. In den Hauptrollen

▷ ein Bundeskanzler, der 1984 mehr wußte, als er 1987 vor dem Untersuchungsausschuß sagte, deshalb den Staatsanwalt fürchten und wahrscheinlich wieder einmal die Flucht in den „Blackout“ antreten muß, um der Anklage wegen Falschaussage zu entgehen;

▷ ein Männerfreund aus München, der die Bonner Regierungszentrale dies-

mal durch sein Schweigen nervös macht – der Brief des CSU-Chefs Franz Josef Strauß aus dem Sommer 1984, Beweis für Kohls frühzeitige Kenntnis über Details der anrühenden Tauch-Partie mit Südafrika, hat den ganzen Ärger ausgelöst;

▷ ein Bundesaußenminister, der „innerlich bebed“ – so die „Süddeutsche Zeitung“ über Hans-Dietrich Genscher – nicht nur um die Reputation seiner Südafrika-Politik bangen, sondern auch fürchten muß, in den Ruch der Mittäterschaft zu geraten, obwohl er immer gegen das Unterwassergeschäft mit dem Rassisten-Regime war;

▷ ein hektischer Kanzleramtschef Wolfgang Schäuble, CDU, der für das Verschwinden des Strauß-Briefes immer neue Erklärungen nachschieben mußte;

▷ der Schäuble-Vorgänger, Waldemar Schreckenberger, dessen angebliche Trotteligkeit gern bespöttelt wird, der sich aber viel präziser als Kohl erinnern kann;

▷ ein Abteilungsleiter, Horst Teltschik, außenpolitischer Berater und langjähriger Weggefährte des Kanzlers,

der Akten-Spuren mit dem „Reißwolf“ löscht und seinem Chef als Protokollführer zu Diensten war, als der südafrikanische Präsident Pieter Willem Botha am 5. Juni 1984 im Kanzleramt den Stand der Verhandlungen schilderte – wesentlich ausführlicher, als Kohl es später darstellte.

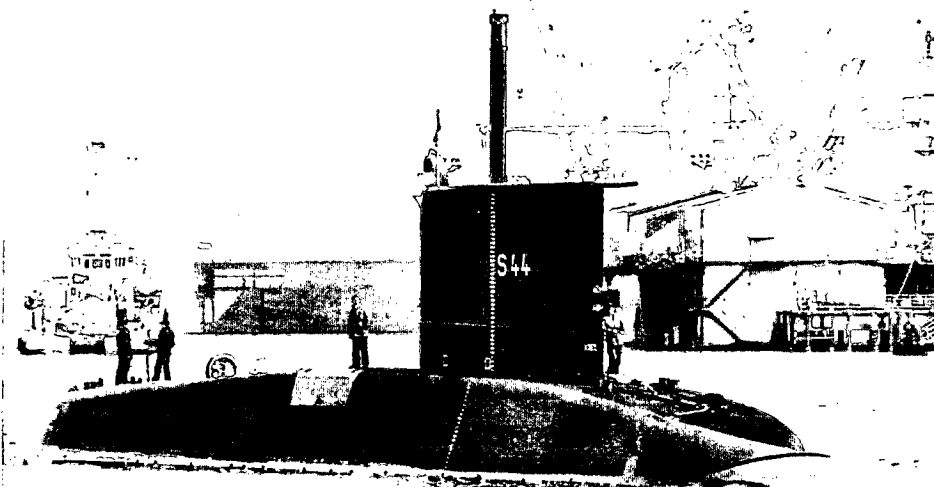
So ahnungslos, wie er sich am 16. Februar 1987 vor dem Bonner U-Boot-Ausschuß gab, kann Kohl im Sommer 1984 nicht gewesen sein. Spätestens seit dem 24. Juli, vermutlich sogar früher, wußte der Kanzler, wie es um das Geschäft mit dem Apartheid-Staat stand.

Seine Aussage, er habe dies erst ein Jahr später, allenfalls aber im Herbst 1984 erfahren, ist mit dem Inhalt des jetzt wieder aufgetauchten Strauß-Briefes unvereinbar. Der bayrische Ministerpräsident beschreibt darin nämlich im Detail, was er mit Kohl am 24. Juli 1984 bei der Wanderung am Tegernsee besprach. Wenn das stimmt, wußte Kohl seitdem,

▷ daß ein Vertrag zwischen Südafrika und den beteiligten deutschen Firmen – den Kieler Howaldtswerken/Deutsche Werft (HDW) und Ingenieur-Kontor Lübeck (IKL) – unterzeichnet worden war und

▷ daß dieser Vertrag nur „wirksam wird, wenn bis 15. August der Sicherheitsrat die Genehmigung erteilt“ (Strauß).

Bislang haben weder Schäuble noch der Kanzler dementiert, daß es so war.



HDW-U-Boot (Typ 209) im Kieler Hafen: Anrühige Tauch-Partie

nicht nachweisen können. Andernfalls würde aus der objektiven Unwahrheit die bewußte Lüge und aus beidem die strafbare Handlung. Den Kadi muß Kohl erst fürchten, wenn sich herausstellt, daß er den Parlamentsausschuß wissentlich hinters Licht geführt hat.

Der Vorgang erinnert fatal an die Flick- und Parteispendenaffäre, als Helmut Kohl vor dem Untersuchungsausschuß des Mainzer Landtages schon mal Gedächtnisprobleme hatte. Damals erklärte CDU-Generalsekretär Heiner Geißler die Falschaussage mit einem „Blackout“. Zum Schaden hatte der Kanzler auch noch den Spott.

Das Schlupfloch „Blackout“ ist diesmal aber nach Meinung der Grünen verstopft. Kohl habe sich, so argumentieren die Abgeordneten Otto Schily und Ursula Eid in ihrer Strafanzeige, bei seiner Vernehmung im Februar 1987 in der Datenfrage „auf fehlendes Erinnerungsvermögen“ nicht berufen.

Tatsächlich hatte Kohl seine Behauptung, erst im Sommer 1985 von dem Kontrakt gewußt zu haben, später eingeschränkt. Es könne auch schon im Oktober 1984 gewesen sein, als Teltchik ihm darüber berichtete. Schily: Wenn Kohl „sich generell auf mangelnde Erinnerung zurückziehen will“, hätte er das sei-

nerzeit vor dem Ausschuß „kenntlich machen müssen“. Er habe dies damals nicht getan. „Im Gegenteil“, heißt es in der Grünen-Anzeige, „er hat in seiner Aussage ausgeschlossen, daß er vor dem Oktober 1984 von dem Vertragsabschluß erfahren hat.“

Auch Kohls Vize Hans-Dietrich Genscher ist irritiert. Sein Name taucht ebenfalls in dem Strauß-Schreiben auf – als Mitwisser. Vorsorglich haben die Grünen in ihrer Anzeige auch Genscher erwähnt: Sie fordern Aufklärung darüber, in welchem Jahr jenes ominöse Dreiergespräch vom „1. Juni“ zwischen Strauß, Kohl und Genscher stattgefunden hat, auf das sich der Bayer in seinem Schreiben beruft.

Genscher jedenfalls kann sich nicht erinnern, von Strauß konkret auf das U-Boot-Geschäft mit Südafrika angesprochen worden zu sein. Er bleibt bei seiner Aussage, daß ihm das Engagement des CSU-Vorsitzenden erst später „aus Presseveröffentlichungen“ bekannt wurde, wie Genscher am 16. Februar vor dem Untersuchungsausschuß sagte.

Strauß habe, so berichtete Genscher Vertrauten, bei solchen Treffen zwar wiederholt ganz allgemein das Thema „Rüstungsexport“ aufgetischt und den Außenminister gefrotzelt, „ob ich an meinen Ausflüchten festhalte oder ob man mich zur Vernunft bringen könne“. Von U-Booten für Südafrika aber sei am 1. Juni 1983 nicht die Rede gewesen.

Trotzdem ist der Außenminister „stinksauer“ (ein Vertrauter), daß er durch den Strauß-Brief mit Kohl ins Gerede kam und daß weder Strauß noch Kohl etwas unternahmen, um die Lage zu klären.

Genscher muß außerdem um seine außenpolitische Reputation fürchten. Die

Sekretariat
2. AUG 1984
Hansen-mascher

Kiel, den 31. Juli 1984
D/Am/mg

Anlage 16

Aktennotiz

Ø Herrn Nohse, IKL (p. Tele
C, M, F, CS, MV

Anruf von Herrn Staatssekretär Dr. Schreckenberger, Bundeskanzleramt, am 31.7.1984, 13.00 Uhr

Herr Staatssekretär Dr. Schreckenberger hat uns im Auftrage von Herrn Bundeskanzler Kohl telefonisch mitgeteilt, daß der Bundeskanzler und Franz Josef Strauß unseren Projekt IX 97 in der mittleren Lösung, d. h. Blaupausen-Export und Zulieferung von Teilen ihre Zustimmung verleihen.

Eine entsprechende Entscheidung im BSR könne aus technischen Gründen erst im September herbeigeführt werden.

HDW-Aktennotiz (Ausriß)

Kleine, mittlere, große Lösung

Wenn auch Strauß bei seiner Version bleibt, sprechen die Fakten – gegen Kohl.

Er hat nur eine Chance: Einer Anklage wegen vorsätzlicher uneidlicher Falschaussage könnte er entkommen, wenn die Staatsanwälte ihm den Vorsatz

Wenn auch Strauß bei seiner Version bleibt, sprechen die Fakten – gegen Kohl.

jetzt wieder ans Licht gezerrte U-Boot-Affäre bestärkt den Verdacht, daß Bonn entgegen seinen internationalen Beteuerungen, das UN-Waffenembargo gegen Südafrika einzuhalten, doch heimlich Geschäfte mit dem Rassisten-Staat gefördert hat.

Auch dem Kanzleramtsminister Schäuble brachte der Strauß-Brief nur Verdruß. Der CDU-Politiker brauchte Tage, um herauszufinden, was aus dem Schriftstück geworden war. Das triste Ergebnis: Die Epistel des „MP Strauß: Aufträge aus Südafrika“ (Registriervermerk), die wahrscheinlich am 31. Juli 1984 als Telekopie vorab im Kanzleramt einging, wurde im August von Kohl an seinen Vertrauten Horst Teltchik weitergeleitet und nach dessen Angaben

geben, wäre Kohl – auch nach der juristischen Logik der Grünen-Anzeige – aus dem Schneider. Aber der Männerfreund schweigt.

Nicht nur Strauß müßte sich verleugnen, um Kohl zu helfen. Auch des Kanzlers langjähriger Weggefährte Horst Teltchik hat seinen Chef – ungewollt – in die Bredouille gebracht.

Aber wieder war es Kohl selbst, der in die Falle tappte, als er bei seiner Zeugenvernehmung am 16. Februar 1987 über sein Treffen mit dem südafrikanischen Präsidenten Botha berichtete:

Im Vorfeld des Besuchs von Ministerpräsident Botha, der mich am 5. Juni in Bonn besuchte (Frage des Vorsitzenden Dr. Penner: 1984?) – ja –, unterrichtete mich Ministerialdirektor Teltchik von der

seine vorausgegangenen Gespräche mit Vertretern der deutschen Wirtschaft und hat in diesem Zusammenhang davon gesprochen, daß Südafrika dabei sei, ein Projekt mit dem Ingenieur-Kontor Lübeck zu verhandeln; ... diese Verhandlungen könnten nur fortgesetzt werden ... wenn der Bundessicherheitsrat zustimme. Von der Industrieseite seien die Verhandlungen so weit vorangeschritten, daß man zu einem Abschluß kommen könne. Ihm läge jetzt daran, den Bundeskanzler zu überzeugen, wie wichtig dieses Projekt für Südafrika sei, und er wolle an den Herrn Bundeskanzler appellieren, baldmöglichst eine positive Entscheidung zu treffen ... Ich habe Ihnen wörtlich vorgetragen, wie der Gesprächsablauf war.

Auch Botha hat demnach den Kanzler bei seinem Besuch am 5. Juni 1984 über



Wanderer Strauß, Kohl*: Der Männerfreund schweigt

„vernichtet“. Zwar zweifelt Schäuble nicht, daß Kohl den Brief bekommen hat – „und dann hat er ihn auch gelesen“. Aber: „Der Bundeskanzler hat weder eine Erinnerung an die Telekopie noch an den Brief“, schrieb Schäuble dem Ausschuß.

Ob Kohl den Strauß-Brief gelesen hat oder nicht, ist allerdings für die juristische Bewertung des Falles völlig unerheblich. Es komme, schrieben die Grünen Otto Schily und Ursula Eid in ihrer Strafanzeige, allein darauf an, „daß Dr. Kohl spätestens seit dem Gespräch mit Franz Josef Strauß am Tegernsee wußte, daß der Vertrag am 15. Juni abgeschlossen“ worden sei.

Im Klartext: Nur Strauß kann Kohl aus der Patsche helfen; wenn der CSU-Chef mitteilte, sein Brief sei eine Fälschung oder die Unterhaltung am Tegernsee sei darin nicht korrekt wiederge-

Absicht des Ministerpräsidenten Botha, die Frage von U-Boot-Lieferungen anzusprechen. Ministerpräsident Botha sprach mich dann auch mit einem Satz auf dieses Thema an. Ich entgegnete: Ich werde mich selbst um die Sache kümmern. Weitere Einzelheiten wurden in diesem Gespräch nicht erörtert.

So oberflächlich, wie Kohl in seinem Statement glauben machen will, war die Unterhaltung mit dem Besucher vom Kap offenbar nicht. Das ergibt sich aus der Zeugenaussage, die Teltchik am 7. Januar 1987 – also fünf Wochen vor dem Auftritt des Kanzlers – im Ausschuß machte. Mit „einem Satz“, wie Kohl es dargestellt hatte, war die Sache nicht erledigt. Teltchik:

Der Herr Bundeskanzler hat mich ermächtigt, aus der persönlichen Unterlage über dieses Gespräch vortragen zu dürfen ... Es ist einleitend gesprochen worden über die industrielle Kooperation zwischen Südafrika und der Bundesrepublik Deutschland. Und der Herr Ministerpräsident Botha hat berichtet über

den Stand der Verhandlungen informiert. Auch er drängte – wie später Strauß – auf eine Entscheidung des Bundessicherheitsrates.

Kohl Antwort: „Ich werde mich persönlich darum kümmern.“

Bei seiner Vernehmung am 16. Februar hingegen tat der Kanzler so, als habe der Vertragsabschluß im Gespräch mit Botha keine Rolle gespielt. Auch das Thema Bundessicherheitsrat „stand“ – so der Kanzler – angeblich „überhaupt nie in Betracht“.

In einer Zwischenfrage stellte Frau Eid fest, dem Kanzler sei „ja sicherlich bekannt“ gewesen, „daß zehn Tage nach dem Besuch von Herrn Botha der Vertrag unterzeichnet worden ist“.

Kohl Antwort: Das sei absurd,

weil es ja ein Zeitpunkt war, das Gespräch mit Botha, wo ich von den Vorgängen der Firma überhaupt nichts wußte. Das habe ich erst genau ein Jahr später, im Sommer 1985, erfahren.

* Bei einer Rast in der Erzherzog-Johann-Klausse Juli 1984.

Als Frau Eid insistierte und fragte, ob bei dem Gespräch mit Botha „der Vertragsabschluß nicht angesprochen wurde“, grantelte Kohl sie an: „Ich habe nicht die Absicht, diese Frage zu beantworten“, tat es dann aber doch: „Ich wußte das nicht.“ Aus der Rückschau kaum zu glauben.

Auch eine andere Nachricht, die im Januar 1987 unbeachtet blieb, erscheint nach dem Auftauchen des Strauß-Briefes in einem anderen Licht. Teltschik war, am Vortrag des Botha-Besuchs, von dem Rüstungslobbyisten Siegfried Zoglmann – dessen Sohn, Rechtsanwalt Sepp-Jörg Zoglmann, die Firma HDW vertritt – darauf vorbereitet worden, daß der Besucher das U-Boot-Thema ansprechen werde. Als Teltschik dies dem Kanzler noch am gleichen Tag mitteilte, wußte Kohl bereits Bescheid (SPIEGEL 7/1987) – von wem, blieb offen.

Kohls Schulfreund Waldemar Schreckenberger war ebenfalls verblüfft, welche Detailkenntnisse der Kanzler schon im Sommer 1984 in der U-Boot-Frage hatte. Im Ausschuß erinnerte sich Schreckenberger, der Kanzler habe von verschiedenen Modellen gesprochen, der kleinen, mittleren und großen Lösung. Dies aber sind Begriffe, die im Sommer 1984 nur in den internen Papieren der U-Boot-Baufirmen vorkamen.

Über die Aussage Schreckenbergers war das Kanzleramt, wie Schäuble letzte Woche vertraulich austretete, gar nicht glücklich, weil sie „interpretierbar“ war. Schreckenberger selbst ist sich inzwischen nicht mehr sicher, ob er die Information über die drei Lösungsmöglichkeiten nicht doch von Teltschik hatte.

Kohl, der nach Schreckenberger vor den Ausschuß kam, hatte seinen ehemaligen Kanzleramtschef bereits korrigiert. Für ihn habe es immer nur die Alternative U-Boote oder Blaupausen gegeben. Er sei – mit Blick auf die Arbeitsplätze – für die U-Boote gewesen. Entscheidend aber war, meint Kohl, daß man den Handel schließlich nicht genehmigte.

Bis zur offiziellen Absage freilich konnten sich die Firmen – bei der positiven Grundeinstellung des Kanzlers nicht verwunderlich – sehr wohl auf die Billigung höchster Regierungsstellen verlassen. Auch wenn offiziell nie eine Genehmigung vorlag – die Telefongespräche, die Schreckenberger nach übereinstimmender Erinnerung der IKL- und HDW-Manager Lutz Lohse und Klaus Ahlers mit Kiel und Lübeck führte, konnten von den Firmen als „Zustimmung“ verstanden werden (siehe Ausriß aus der HDW-Aktennotiz Seite 23).

Daß der Kanzler außerdem mit seiner Haltung den Geist des auch von Bonn mitbeschlossenen UN-Waffenembargos gegen das Rassisten-Regime am Kap verletzt, kommt weder ihm noch seinem Schäuble in den Sinn. Wahrscheinlich habe Kohl die Embargo-Vorschriften gar nicht gekannt, eiert Schäuble: „Das war ihm nicht klar.“

EG

Brilliant way

Auf das Amt des Präsidenten der EG-Kommission muß Bangemann wohl für immer verzichten – er soll sich jetzt als Kommissar bewähren.

Martin Bangemann ließ seine Ministerkollegen aus den EG-Staaten sitzen. Er habe, entschuldigte sich der Bundeswirtschaftsminister bei einem Stahl-Gespräch Ende Mai im Brüsseler Charlemagne, dem Sitz des Ministerrates, einen unaufschiebbaren Termin.

Seinem Fahrer gab Bangemann Order, ihn südlich von Brüssel ins Grüne zu chauffieren. In Halle, eine gute halbe Autostunde von seinem künftigen Arbeitsplatz entfernt, wurde er sich mit einem Makler einig und mietete eine repräsentative Bleibe.

Wenn der FDP-Vorsitzende nun im Januar nach Brüssel übersiedelt, wird er dort als einer von 17 EG-Kommissaren seinen Dienst antreten. Seine Hoffnung, den Franzosen Jacques Delors als Präsidenten der EG-Kommission abzulösen, ist gescheitert – wahrscheinlich für immer. Auf dem Gipfel der zwölf europäischen Staats- und Regierungschefs vergangene Woche in Hannover mochte

sich niemand für eine spätere Beförderung verbürgen.

Vor allem Delors selbst wehrte, unterstützt von den Regierungen in Paris und London, aufgebracht alle bundesdeutschen Versuche ab, schon jetzt mit seinem möglichen Nachfolger am Kommissionstisch Platz nehmen zu müssen. Lediglich „augenzwinkernd“, berichtete ein Bonner Regierungsmitglied, seien die Franzosen bereit gewesen, ihren deutschen Freunden Unterstützung zu signalisieren, wenn „irgendwann mal wieder“, vielleicht auch erst in vier Jahren, ein neuer Kommissionschef gesucht werde.

Bangemann ist derzeit nicht einmal mehr der bedeutungslose, aber wohlklingende Titel eines „Vizepräsidenten“ sicher. Zwar steht den Deutschen nach dem EG-Komment einer der sechs Vize-Posten in der Kommission zu, aber nach dem Anciennitätsprinzip wäre dafür der Bayer Peter Schmidhuber (CSU) an der Reihe, der bereits seit 1987 in Brüssel arbeitet und in der belgischen Hauptstadt als fleißig, präzise und aktenkundig aufgefallen ist.

Der Wirtschaftskommissar drängt sich persönlich nicht nach der Image-Aufwertung. Doch ob Bangemann den Vortritt erhält, hängt von Schmidhubers Gönner Franz Josef Strauß ab. Der werde sich einen Vizepräsidenten Bangemann, heißt es im Kanzleramt, „teuer bezahlen lassen“.

Blamiert ist nicht nur der ehrgeizige Bangemann, sondern auch die Bonner Regierung, die internationale Gremien immer häufiger dazu nutzt, um zu Hause abgetakelte Spitzenkräfte endzulagern. Letztes Beispiel: Ex-Verteidigungsminister Manfred Wörner, der als Nato-Generalsekretär nach Brüssel gehen durfte.

Als Wirtschaftsminister von niemandem mehr ernst genommen, als Parteichef ohne Profil und in der Gunst des Wahlvolkes fest in den Minuswerten verankert, kehrt Bon vivant Bangemann Bonn als Verlierer den Rücken. „Für den rührt doch niemand mehr eine Hand“, sagt ein Bonner EG-Diplomat – nicht einmal der Kanzler. In Hannover überschüttete Helmut Kohl den Bangemann-Rivalen Delors mit Komplimenten, für seinen Koalitionsfreund hatte der Kanzler dagegen nur dürre Worte parat: „Martin Bangemann geht als Kommissar nach Brüssel. Er ist ein exzellenter Mann.“

Bangemann hatte lange Zeit auf die „feste Zusage“ Kohls gebaut, er könne als erster Mann nach Brüssel wechseln. Jetzt aber, so ein Kanzler-Berater, „muß sich Herr Bangemann zwei Jahre bewähren, fleißig arbeiten, Kompetenz zeigen“.

Das wird dem lebensfrohen Zweizentnermann nicht leichtfallen. Statt in Stahl-Runden mit Amtskollegen zu feilschen, reizt er lieber mit Freunden beim Skat. Statt Akten liest er Lyrik. Und die Speisekarten Brüsseler Nobel-Restau-



EG-Kandidat Bangemann
Lieber essen als Akten studieren